

# Blogs, Rede & Widerrede

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **89 (2009)**

Heft 970

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blogs

Rede

Widerrede

*von zwei Lesern*

Juni 2009

Andreas Fagetti, St. Gallen, Leserbrief zu «Aufgewacht? Die Folgen der Finanzkrise» Nr. 969 «Schweizer Monatshefte», S. 19 ff.

*Wenn alle schuldig sind, ist niemand verantwortlich*

«Alles löst sich derzeit im Wir auf. Wir alle waren doch gierig und sind daher mitschuldig an der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir alle rannten doch wegen jedem Bobo zum Arzt und sind daher mitschuldig an den explodierenden Gesundheitskosten. Es gibt den linken Aphorismus: die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Den könnte man in diesen Tagen abwandeln: die Erfolge werden individualisiert, die Misserfolge kollektiviert. Dieses simple Deutungsmuster erfreut sich derzeit grosser Beliebtheit. Selbst in den letzten «Monatsheften» zur Finanzkrise wird nun die Argumentationsfigur (zumindest im Auftakt) vorgeschoben, wir alle seien letztlich mitverantwortlich für die Krise. Das ist falsch. Denn Verantwortung ist ans Individuum gekettet, nicht an eine anonyme Masse. Individuelle Freiheit ohne Verantwortung – das wäre etwa so, als würde man einem Amokläufer eine geladene Uzi in die Hand drücken. Wenn alle schuldig sind, ist niemand verantwortlich.

Das derzeitige Verhalten vieler Teile der westlichen Eliten erinnert in diesen Krisenmonaten ohnehin in vielem an das der kommunistischen Nomenklaturen. Für die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens hatten nicht jene geradezustehen, sondern das sogenannte Volk – selbst nach dem kläglichen Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus nicht, im Gegenteil zählten sie in aller Regel zu den Krisengewinnlern.

Es sei daran erinnert, was jetzt viele Verantwortliche gerne vergessen machen würden: es gibt immer noch Menschen, die bewusst auf hohe Renditen verzichten; es gibt immer noch Menschen, die ihre Hypotheken abbezahlen, weil sie nicht Zinssklaven bleiben möchten. Und es gibt nach wie vor Menschen, die den höchsten Selbstbehalt in Kauf nehmen und den Arzt bloss im Ernstfall aufsuchen. Diese lebenszugewandten Puristen bedienen sich nicht nach Lust und Laune im Gesundheitswarenhaus, sie lassen sich nicht unnötige Versicherungs- und Finanzprodukte aufschwätzen und schon gar nicht lassen sie sich vom Renditewahnsinn mitreissen und von einfältiger Ideologie täuschen. Wer die Freiheit liebt, sollte auf diese geerdeten Menschen bauen und bestimmt nicht auf jene, die jetzt die Ursachen der Krise in verantwortungsfeindlicher Manier deuten.»

Es sei daran erinnert, was jetzt viele Verantwortliche gerne vergessen machen würden: es gibt immer noch Menschen, die bewusst auf hohe Renditen verzichten; es gibt immer noch Menschen, die ihre Hypotheken abbezahlen, weil sie nicht Zinssklaven bleiben möchten. Und es gibt nach wie vor Menschen, die den höchsten Selbstbehalt in Kauf nehmen und den Arzt bloss im Ernstfall aufsuchen. Diese lebenszugewandten Puristen bedienen sich nicht nach Lust und Laune im Gesundheitswarenhaus, sie lassen sich nicht unnötige Versicherungs- und Finanzprodukte aufschwätzen und schon gar nicht lassen sie sich vom Renditewahnsinn mitreissen und von einfältiger Ideologie täuschen. Wer die Freiheit liebt, sollte auf diese geerdeten Menschen bauen und bestimmt nicht auf jene, die jetzt die Ursachen der Krise in verantwortungsfeindlicher Manier deuten.»

Juni 2009

Florian Rittmeyer, Genf, Leserbrief zu «Wieviel Politik verträgt die Geschichtsschreibung?» Nr. 969 «Schweizer Monatshefte», S. 14 f.

*Intellektueller Wettbewerb der Interpretationen*

«Der Jurist Stefan Schürer hat recht: historische Wahrheit ist ein Mythos und jeder Versuch seitens staatlicher Instanzen, der Vergangenheit einen offiziellen Stempel aufzudrücken, ist abzulehnen. Monopole der Deutung der Vergangenheit widersprechen liberalem Denken und ersticken Debatten, von denen die Geschichtsschreibung lebt.

Wenn Schürer argumentiert, der Staat versuche zunehmend, eigene historische Wahrheiten festzusetzen, so werden jedoch einige grundsätzliche Überlegungen zur Deutung der Vergangenheit vernachlässigt. Dokumente, auf die sich Historiker auf ihrer Suche nach der historischen Wahrheit stützen, stammen meist aus staatlicher Aufbereitung. Wirtschaftsdaten, demographische Zahlen, Datenbanken, Rechtsdokumente: sie alle sind Resultate staatlicher Informationsaufbereitung.

Politiker sollen das Feld professionellen Historikern überlassen. Diese sollen auf Basis ihrer Unabhängigkeit die Grundlage für verschiedene Interpretationen liefern.

Geschichte lebt vom Pluralismus der Meinungen und vom intellektuellen Wettbewerb der Interpretationen. Mögen die überzeugendsten Argumente und die besten Beweise gewinnen! Wer trotz erdrückender Beweislast den Mord an den Juden leugnet, stellt sich selbst ins Abseits. Ob es ein Gesetz braucht, das eine öffentliche Leugnung unter Strafe stellt, ist hinwiederum eine andere Frage.

Rehabilitationen widerspiegeln neue Machtkonstellationen und die Interessenpolitik der Gegenwart. Gleichzeitig ermöglicht ein grösserer zeitlicher Abstand zu Geschehnissen auch einen nüchternen Blick auf die Vergangenheit. Dass dabei ideologische Einflüsse keine Rolle spielen, bleibt Wunschdenken. Die Rehabilitierung der Spanienkämpfer ist eine moralische Wiedergutmachung und deswegen nicht unbedingt falsch – obwohl die Brigadisten ihre Einbindung in den politischen Mainstream mit Sicherheit abgelehnt hätten. Auf dass die Debatte ewig weitergehe!»